

Berantwortliche
Redakteure.
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
Für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
Für den übrigen redakt. Theil:
H. Schmiedehaus,
sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Nr. 831

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zweit Mal.
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 6,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgaben
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 27. November.

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Hr. Ad. Hölek, Höller,
Gr. Gerber- u. Breitestr. Gela-
dts. Rückst. in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8
in Gnesen bei S. Kratzewski
in Weizen bei H. Wallach
in Wreschen bei J. Dreyse
u. b. d. Inserat-Anschreibesellen
von H. L. Pank & Co.,
Kochberg & Hoyer, K. H. Hause
und „Friedenbau“.

1890

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Nachdruck nur nach Ueberreinonen gestattet.)
8. Sitzung vom 26. November, 12 Uhr.

Von der Kaiserin Friedrich ist ein Dankesbrief eingegangen für die Glückwünsche des Hauses anlässlich der Vermählung der Prinzessin Victoria.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gewerbesteuergesetzes.

Finanzminister Dr. Miquel: Der vorliegende Gesetzentwurf hat nicht nur einen innerlichen Zusammenhang mit der Reform der Personalsteuern, sondern wird nur ausführbar durch diese Reform, namentlich durch das Prinzip der Deklaration. Aber wir haben noch einen anderen entscheidenden Grund, mit der Reform der Gewerbesteuer nicht länger zu warten. Während es sich bei der Einkommensteuerreform wesentlich handelt um eine vollständige Heranziehung des Einkommens zur Steuer, handelt es sich bei der Gewerbesteuer wesentlich darum, die Gewerbetreibenden, welche bisher in unverhältnismäßiger Weise überlastet waren, zu entlasten, und diejenigen, die zu wenig belastet waren, verhältnismäßig zur Steuer heranzuziehen. Bezuglich seiner Steuer ist die Reform bedürftig in der gesammten Bevölkerung allgemeiner anerkannt als in der Gewerbesteuer, und ich kann mich dabei auf die verschiedensten Erklärungen auch in diesem Hause berufen. Die Staatsregierung hat sich also entschließen müssen, das schwere Werk der Reform der Gewerbesteuer ohne Verzug in die Hand zu nehmen. Wir haben in der ganzen Monarchie Probeveranlagungen gemacht, einmal um Klarheit zu haben, wie sich nach dem Gesetzentwurf das gesammte Soll-Aufkommen gegen das bisherige Soll-Aufkommen stellen würde, sodann um die Wirkung der neuen Grundlagen zu erkennen in Betreff der Belastung der einzelnen Klassen der Gewerbetreibenden. Wir haben bei diesen Probeveranlagungen die eifrigste freiwillige Mitwirkung seitens der Vorstände der einzelnen Gesellschaften mit einer einzigen Berliner Ausnahme gefunden, wofür ich diesen Mitbürgern hier meinen Dank ausspreche. Während wir aus den Kreisen der Gewerbetreibenden eine sehr große Zahl von Zustimmungen, gerade derjenigen, die mit Probeveranlagungen sich beschäftigten, erhalten haben, hören wir keine einzige entgegengesetzte Aeußerung, selbst nicht aus den Kreisen der Großbetriebe, die doch viel stärker herangezogen werden sollen, als bisher. Daraus schließe ich, daß man das Werk, von Einzelheiten abgesehen, im Lande für kein ungerechtes hält. Die Grundsätze aufzustellen war nicht leicht. Man war darüber bald einig, was in der bisherigen Gewerbesteuer fehle und wodurch die ungleiche Vertheilung der Belastung der Gewerbetreibende herbeigeführt war.

Der Entwurf legt der Gewerbesteuer zu Grunde den Betriebsvertrag unter Mitberücksichtigung des Anlage- und Betriebskapitals. Die Gewerbesteuer ganz rationell zu konstruieren in dem System der allgemeinen Staatssteuer, ist fast unausführbar (sehr richtig! rechts); eine Reihe von Kompromissen sind bei solchen Objektssteuern im Interesse der praktischen Gerechtigkeit ganz unvermeidlich. Diese Regelung der Gewerbesteuer wird vielleicht keine definitive sein. Wenn wir einmal dazu übergehen, die Konsequenzen dieser Reform der Staatssteuern auf das Kommunalsteuersystem auszudehnen und die verschiedene Heranziehung des fundirten und unfundirten Einkommens zu lösen, dann werden wahrscheinlich erhebliche Modifikationen in der gegenwärtigen Vorlage unentbehrlich sein. (Sehr richtig!) Eine Gewerbesteuer, wie wir sie jetzt konstruieren müssen, läßt sich nicht unverändert als Kommunalsteuer konstruieren: dann wird der reine Charakter einer Realsteuer in ganz anderer Weise zu Tage treten müssen. Aber die jetzige Reform wird kein Hinderniß für die Weiterentwicklung sein, sondern im Gegentheil, eine erhebliche Erleichterung einer solchen.

Die Gewerbesteuer rechtfertigt sich von dem Gesichtspunkt aus, daß das gewerbliche Unternehmen einen selbstdändigen vererblichen Werth hat, der durch diese Steuern getroffen werden soll. Dieser Betriebswerth wächst im Großen und Ganzen mit der Ausdehnung des Großbetriebs im Verhältniß zum Kleinbetrieb, sodaß ersterer mindestens in demselben Maße heranziehen ist, wie der Kleinbetrieb. Dagegen steht man bei dem Kleinbetrieb schließlich auf einer Grenze, wo der ganze Ertrag sich nur durch die persönliche Thätigkeit des Gewerbetreibenden ergibt. Diese Grenze glauben wir mit 1500 Mark richtig getroffen zu haben. Ich gebe zu, daß diese Grenze nicht überall gleichmäßig wirkt. Das läßt sich aber bei einem allgemeinen Gesetz nicht ändern. Der Vorschlag, eine variable Grenze zu machen, ist unausführbar, denn diese Grenze würde nicht blos variabel sein im Verhältniß der einzelnen Landestheile, sondern sie würde auch dauernd variabel bleiben. Die Befreiung der kleinen Gewerbetreibenden trifft nicht weniger als ein Drittel sämtlicher Gewerbetreibenden. Aber auch weiter hinaus wird die Gesamtbelastung in der Zukunft sich an diese vorbezeichneten Grundzüge anschließen. Bis zur Klasse A II hin werden noch erhebliche Entlastungen stattfinden, und nur in der allerobersten Stufe werden Mehrbelastungen eintreten, die vielleicht ausreichen werden zur Deckung der Ausfälle der Entlastungen. Die Gast- und Schankwirthe werden in Zukunft eher weniger als mehr bezahlen.

Zu den neu herangezogenen Betrieben gehören nicht nur Betriebe wie Privattheater und Panoramen, sondern auch andere, deren bisherige Befreiung eine rein zufällige und innerlich ganz unbegründet war, z. B. waren Dampf- und elektrische Bahnbetriebe frei, während Pferdebahnen besteuert waren, so daß darin eine Begünstigung der einen schon ohnehin begünstigten Betriebsart vor der andern lag. Welches Mehr diese neuen Heranziehungen ergeben, läßt sich nicht genau übersehen. Bei den noch übrig bleibenden Steuerbefreiungen war besonders schwierig die Frage der Besteuerung von Kommunalbetrieben. Wir haben im Allgemeinen solche Betriebe, bei welchen nicht der Gewinn, sondern Förderung der öffentlichen Wohlfahrt der wesentliche Zweck der Betriebe war, wie Biehhöfe, Kanalisationssanstalten u. s. w. freigelassen, dagegen andere, welche nur in gleicher Weise wie Privatunternehmungen die allgemeine Wohlfahrt fördern, herangezogen, auch dann, wenn es sich um Betriebe handelt, die vielleicht ihrer Natur nach wegen ihres monopolistischen Charakters sich besonders für den Kommunal-

betrieb eigneten, weil sonst eine ungerechte Begünstigung der Kommunen gegenüber den Privaten vorgelegen hätte. Kein gewerbliche Betriebe der Kommunen von der Gewerbesteuer freizulassen, hieße die Kommunen geradezu einladen, über die gemeinnützigen Anlagen hinaus Privatunternehmungen Konkurrenz zu machen. Wo hier allerdings die Grenze ist zwischen gemeinnützigen und rein gewerblichen Betrieb, ist schwer zu sagen. Oft entstehen unter dem Deckmantel sogenannter Gemeinnützigkeit ganz feine ausgedachte gewerbliche Spekulationen. Man muß daher in dem einzelnen Fall in das Wesen der einzelnen Unternehmungen dringen. Von den Gemeinschaften haben wir nur diejenigen herangezogen, deren Wirkungskreis über den Kreis der Mitglieder hinausgeht, weil sonst die Lage des kleinen Gewerbes, daß es in der Gesetzgebung gegen die mächtigeren Konkurrenten benachtheilt würde, begründet wäre.

Für die Großbetriebe haben wir das System der Mittelsätze fallen gelassen wegen der erheblichen Verschiedenheiten nach Größe und Umfang, bei denen zweitmäßige Mittelsätze nicht gefunden werden können, und weil hier täglich die gewaltigsten Veränderungen und Entwicklungen stattfinden. Die Gast- und Schankwirthe können sich über die Betriebssteuer nicht beklagen, weil sie auf Konzession beruhen und dadurch in gewisser Weise eine Garantie gegen übermäßige Konkurrenz haben. Außerdem hat die Gesetzgebung keine Veranlassung, den Zugang zu diesen Betrieben zu erleichtern (sehr richtig! rechts); im Gegentheil, in vielen Fällen ist es ein Unglück für den Wirth, der solchen Betrieb anfängt, und gefährlich für das Publikum. Wir müßten diese Betriebssteuer als Zuschlag zur allgemeinen Gewerbesteuer bringen, weil wir auf andere Weise nicht die verschiedenen Größe und den verschiedenen Betriebsvertrag berücksichtigen könnten, außerdem in dieser allgemeinen Gewerbesteuer eine Zuschlagssteuer zu erheben. Auch das wird vielleicht kein endgültiger Abschluß sein. Wenn wir später vor der Frage stehen, ob diese Betriebssteuer eine Staats- oder eine Kommunalsteuer sein soll, werden erhebliche Aenderungen in der ganzen Konstruktion nötig sein.

Die Gewerbesteuer soll durch die Reform selbst nicht erhöht, aber auch nicht vermindert werden. Deshalb müssen wir die Möglichkeit einer späteren Erhöhung der Sätze offen lassen. Über die einzelnen Bestimmungen der Steuer werden ja die größten Meinungsverschiedenheiten herrschen. Sie haben hier aber im Ganzen ein Werk, welches sich auszeichnete gerade durch die Entlastung derjenigen, die am meisten Hilfe verdienten, die durch die ganzen Konkurrenzverhältnisse an sich schon gefährdet sind. Einem solchen Ziele gegenüber kann man wohl über einzelne Bedenken hinweggehen. Ich bin überzeugt, daß jetzt schon das Urtheil der öffentlichen Meinung dahin geht: Im Ziel und im schließlich Ergebnis ist es ein Akt der Gerechtigkeit. (Beifall rechts.)

Abg. v. Eynern (nl.): Ich stehe zunächst dieser Vorlage sehr kühl gegenüber. Ich bin jedoch auch nicht gegen den Gesetzentwurf, denn er entlädt den kleinen Gewerbetreibenden mit einem Betrag von 3½ Millionen Mark. Bei dem großen Überschuss des Staates hätte man aber nicht dahin trachten sollen, diese Entlastung wieder einzubringen durch Mehrbelastung des Großbetriebs bis auf 1 Prozent ihres Nettoerträgnisses: eine solche Belastung ist in schlechten Zeiten, die jedenfalls wieder kommen werden, viel zu hoch, zumal in einer Zeit, wo die Großbetriebe schon ohnehin so erheblich belastet sind durch die soziale Gesetzgebung. Wegen dieser Belastungen zeigt sich auch bereits seitens des deutschen Kapitals eine große Abneigung, sich an deutschen industriellen Unternehmungen zu beteiligen; man legt es lieber in ausländischen Werken an.

Ich halte entgegen dem Finanzminister auch für die erste Klasse das System der Mittelsätze für das richtige. Dadurch würde auch der Steuerausschuß wegfallen, den ich für eine sehr bureaukratische Erfindung halte. In der Zusammensetzung dieses Steuerausschusses sind die großen Betriebe gegenüber den anderen Klassen sehr benachtheilt. — Die Schanksteuer wünschte ich den Kommunalverbänden überwiesen zu sehen.

Abg. v. Heede (natl.): Die Anschauungen des Abg. von Eynern werden von der Mehrheit der Fraktion nicht getheilt. Eine Bestimmung der rheinisch-westfälischen Industrie über die sozialpolitische Gesetzgebung ist nur vereinzelt vorhanden. Der rheinische Großbetrieb wird diese Lasten gern tragen. Auch glauben wir nicht, daß das Kapital dadurch veranlaßt wird, ins Ausland zu wandern. Der gegenwärtige Entwurf ist vollkommen zweckentsprechend, und wir sind auch damit einverstanden, daß die Gewerbesteuer vorläufig eine Staatssteuer bleibt. Der Bestimmungsmodus der Gewerbe nach dem Anlagekapital und nicht nach dem Ertrag hat viele Bedenken, er würde aber auch nur eintreten können, wenn die Steuer eine Kommunalsteuer würde. Die notwendige Reform der Gewerbesteuer hinauszuschieben, haben wir keine Veranlassung.

Für richtig halten wir die Aufhebung des jetzigen Vertheilungsmodus und damit des Unterschiedes zwischen Stadt und Land. Ich weiß aber nicht, aus welchen Gründen die landwirtschaftlichen Braumweinbrennereien vor den Zucker- und Stärkefabriken bevorzugt werden. Ich vermittele sodann auch die Heranziehung des eigentlichen Handels, der nicht unter die Gewerbetreibende fällt. — Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Brömel (dfr.): Auch ich stehe der Vorlage im Ganzen sympathisch gegenüber. Ihr Kern mit den Entlastungen ist ein durchaus guter. Außerdem behandelt sie die an sich sehr schwierige Steuermaterie in einer klaren und einfachen Form. Aber angesichts einer solchen Vorlage erhebt die Frage eine Auskunft, welche Stellung die Gewerbesteuer im Steuersystem einnehmen soll, resp. wie es mit der Überweisung der Gewerbesteuer an die Kommunen steht; der Finanzminister selbst hat dargethan, daß die Gewerbesteuer ihrer Natur nach recht eigentlich zu einer Gemeindesteuer tauge. Ich vermittele nun aber eine Auskunft von ihm darüber, wie es mit dieser Überweisung werden soll. Eine solche Auskunft ist für die Gewerbesteuer besonders nötig, weil es sich dabei um eine vollständige Umgestaltung der Steuer handeln würde. Wenn die Grund- und Gebäudesteuer allein den Gemeinden überwiegen werden sollte, so würde die Gewerbesteuer als eine Ruine einer Ertragsteuer in eine Staatssteuerzeit hineintragen. Die Industrie würde sich dann mit Recht darüber beklagen, daß nur die gewerbliche Thätigkeit

keit einer Doppelbesteuerung unterworfen wird. In dem Augenblick, wo wir uns mit der Umgestaltung der Gewerbesteuer zu beschäftigen haben, ist es auch Zeit, an diese Frage praktisch Hand anzulegen. Man müßte in den § 84 des Einkommensteuergesetzes auch einen auf die Überweisung der Gewerbesteuer bezüglichen Satz hineinbringen. Man hört oft von der Nottheit der Landwirtschaft in allen Häusern und in allen Gassen. Die Gewerbetreibenden, welche durch die Wirtschaftspolitik benachtheilt sind, schreien nicht, aber sie werden sich doch schließlich bewußt werden, was sie zu thun haben, und sie werden auch die Forderung aufstellen, daß man sie nicht vergesse.

Ich möchte sodann mit Herrn von Eynern an dieser Stelle die Mahnung erheben, mit der einseitigen Belastung der Großbetriebe und der größeren Einkommen nicht so blindlings weiter zu gehn. In den ganzen Steuerdebatten der letzten Tage ist die Rede davon gewesen, daß die größeren Vermögen und Gewerbetreibende ohne Bedenken viel stärker als bisher herangezogen werden können. Nicht einmal ist eine Mahnung ausgesprochen worden, auch bei diesem System eine Mäßigung eintreten zu lassen. Man spricht dabei von der ausgleichenden Gerechtigkeit. Derjenige aber, der sieht, wie diese Vermögen und Betriebe durch das Einkommensteuergesetz schärfer belastet werden, durch die Besteuerung der Attengesellschaften, und jetzt in diesem Gesetze auch noch einmal, kann in diesen Vorschlägen ein festes, klares Prinzip nach der Leistungsfähigkeit im Steuern nicht mehr erkennen, und es kommt trotz aller Bedenken von ausgleichender Gerechtigkeit einem so vor, daß hier die Steuerweisheit aller Finanzminister Platz griff, man solle das Geld nehmen, wo man es finde. Wenn man von der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes spricht, dann weiß man gerade mit Stolz auf die großen Unternehmungen hin. Daran soll man doch auch denken, wenn man von der großen Vertheilung der Lasten spricht. Das liberale Bürgerthum ist durchaus bereit, eine gerechte Vertheilung der Lasten auf sich zu nehmen, denn es huldigt dem Grundsatz: richesse oblige, aber nur in gerechten Grenzen.

Die Entlastungen begrüße ich mit Freude. Sie sind eine wesentliche Verbesserung des bisherigen Zustandes. Es ist auch das Bestreben der Regierung anzuerkennen, zu einem Abschluß für die Höhe der Gewerbesteuer zu gelangen. Der Finanzminister hat sich allerdings nicht mit dem gegenwärtigen Ertrag der Gewerbesteuer begnügt. Er will ihn gemäßern noch etwas anwachsen lassen, ehe die Gewerbesteuer den Gemeinden überwiesen wird. Er hat dieses Wachsthum in etwas sehr starrem Maße in Aussicht genommen. Es sind die Ergebnisse aus Veranlagungen in solchen Jahren berücksichtigt, in welchen eine sehr lebhafte wirtschaftliche Thätigkeit sich entwickelte und in welchen der Ertrag aus der Gewerbesteuer eine außergewöhnliche Steigerung erfahren hat. Es ist aber gerade im Hinblick auf die Überweisung an die Kommunen nicht angebracht, den Ertrag der Gewerbesteuer noch mehr zu steigern. Es wäre sehr wohl möglich, die Grenzen der Steuerfreiheit höher herauszurücken oder die mittleren Gewerbetreibende etwas mehr zu entlasten.

Ein Mangel der Vorlage ist die Nichtberücksichtigung der Kreditwirtschaften. Die Vorlage hilft sich darüber hinweg, indem sie nur den Reinertag heranziehen will. Dieser Ausdruck ist aber nicht klar genug. Die Frage ist von großer praktischer Tragweite, da durch den Nichtabzug der Schuldzinsen die in der Vorlage enthaltenen Steuersätze für die Kreditwirtschaften erheblich gestiegen werden. Ich habe dieses Wachsthum in etwas sehr starrem Maße in Aussicht genommen. Es sind die Ergebnisse aus Veranlagungen in solchen Jahren berücksichtigt, in welchen eine sehr lebhafte wirtschaftliche Thätigkeit sich entwickelte und in welchen der Ertrag aus der Gewerbesteuer eine außergewöhnliche Steigerung erfahren hat. Es ist aber gerade im Hinblick auf die Überweisung an die Kommunen nicht angebracht, den Ertrag der Gewerbesteuer noch mehr zu steigern. Es wäre sehr wohl möglich, die Grenzen der Steuerfreiheit höher herauszurücken oder die mittleren Gewerbetreibende etwas mehr zu entlasten.

Das System der Mittelsätze führt zu Ungleichheiten, und die strikte Durchführung derselben führt sehr oft zu einer höheren Besteuerung ohne Grund. Das System ist auch keineswegs populär, sondern im Gegentheil bis jetzt als verkehrt angesehen worden. Der Steuertarif bietet überhaupt viele Ungleichheiten. Es kann vorkommen, daß ein Gewerbetreibender mit höherem Einkommen einen niedrigeren Prozentsatz zahlt als ein Gewerbetreibender mit etwas niedrigerem Einkommen. Gleichmäßigkeit wie beim Einkommensteuergesetz wäre hier besser am Platze gewesen, und ebenso eine Degression.

Die Schanksteuer würde sich vorzugsweise als Kommunalsteuer eignen. Man vertheidigt die Schanksteuer aus volkswirtschaftlichen und ethischen Rücksichten. In dieser Beziehung sollte man sich aber keiner Illusion hingeben, sondern statt dessen mehr als bisher an eine gute und möglichst wohlfeile Ernährung des Volkes überzeugen. Was eine gute Ernährung des Volkes bedeutet, das kann man kennen lernen, wenn man die Entwicklung des Fleischverbrauches in Deutschland und in anderen Ländern, welche keine Zölle und Verbote haben, vergleicht. Die Jahre 1888 und 1889, wo bei uns ebenso wie in England eine hervorragende gewerbliche Thätigkeit herrschte, haben dort zu einer außerordentlichen Steigerung des Fleischverbrauches und einer besseren Lebenshaltung in den breiten Massen des Volkes geführt. In Deutschland ist aber trotz des gewerblichen Aufschwunges und trotz der Erhöhung der Löhne die Volkernährung durch Einfuhrverbote und Einfuhrzölle zurückgegangen. Man wird durch zoll- und verkehrspolitische Maßnahmen, durch die man eine bessere Volkernährung erreicht, viel mehr erreichen als durch solche Schanksteuern.

Wir nehmen dankbar die Entlastung der kleinen Gewerbetreibenden an; wenn darin noch weiter gegangen werden soll, so werden meine politischen Freunde freudig dabei mitwirken. (Beifall links.)

Generalsteuerrichter Burghart: Die Anerkennung, welche der Herr Vorredner der Vorlage zollte, begrüße ich dankbar. Sie können auch Ihrerseits des Entgegenkommens der Regierung versichert sein. Die Regierung hat gerade bei diesem Gesetzentwurf lediglich das Interesse des Landes selbst im Auge und ist ohne jede Vereinigungskompetenz. Auch bei der stärkeren Heranziehung der Großbetriebe hat die Regierung keineswegs das Bestreben eines

beständigen Angriffes auf das Kapital, sie erkennt im Gegentheil an, daß auch dies seinen Nutzen für das Wohl des Ganzen hat. Es handelt sich hier nur um die Befreiung eines Mäßigstandes, der gerade in den Reihen der Großbetriebe selbst empfindlich gefühlt und anerkannt wird. Das Gesetz von 1820 paßte vielfach wie die Faust aufs Auge, und die Verwaltung befand sich demselben gegenüber in einer ähnlichen Lage, wie ein verschämter Armer, der gewiss Rücksichten aufrecht erhalten muß, und die Arme nach beiden Seiten nach Almosen ausstreckt. Der Großbetrieb war sich bis vor kurzer Zeit gar nicht bewußt, wie eminent er nach dem bisherigen Geize begünstigt war, während die kleinen Gewerbetreibenden bedrückt waren. Erst in neuerer Zeit hat man das aktenmäßig durch Zahlen konstatiren können. Ist das aber zugegeben, dann wird kein Gewerbetreibender gegen die Abschaffung dieser Ungerechtigkeit Widerspruch erheben.

Die Frage des Schuldenabzugs bei Kreditwirtschaften wird die Regierung unbefangen prüfen, aber ich glaube, es wird erfolglos sein. In den Kreisen der Gewerbetreibenden würde man es vom Standpunkt der Konkurrenz aus gar nicht verstehen, wenn das Betriebskapital, falls es einem Anderen gehört, nicht besteuert werden soll.

Ein einfacher Erlass der 4½ Millionen ohne jede Kompensation durch die Großbetriebe läßt sich nicht rechtfertigen. Die Gewerbesteuer ist aber an und für sich schon eine außerordentlich mäßige gegenüber der Grundsteuer, und so lange wir die Grund- und Gebäudesteuer nicht ermäßigen, würde eine Ermäßigung der Gewerbesteuer nicht gerechtfertigt sein.

Es kommt für uns darauf an, daß die Gewerbesteuerreform einer späteren Überweisung der Realsteuern an die Kommunen absolut kein Hindernis entgegensteht, und durch die Vorlage wird eine spätere Überweisung sogar erleichtert, denn die bisher bestandenen Steuersätze würden zu den allergrößten Ungleichheiten bei einer Überweisung an die Kommunen führen. Ich bin fest überzeugt, daß dieser Gesetzentwurf seinem Standpunkte widerspricht, er ist eine durchaus hoch präjudizierliche und förderliche Arbeit. Sie werden es nicht bereuen, wenn Sie dem Lande das Gesetz geben.

Abg. v. Tielemann (Bomst, frk.): Meine politischen Freunde stehen der Vorlage sympathisch gegenüber, vorbehaltlich einiger kleinen Änderungen in der Kommission.

Die Ansicht über eine allzu große Belastung des Großbetriebestheilen wir nicht, denn der Betrag von 1 Proz. ist doch sehr gering. Die Befreiung der landwirtschaftlichen Brennereien ist durchaus gerechtfertigt wegen der großen Vorbelastung durch die Grundsteuer, welche bis zu 5 Proz. des Einkommens beträgt.

Bei der Gewerbesteuer die Schulden vom Gewerbetrieb abzuziehen, ist ganz unmöglich, so lange wir nicht eine Kapitalrentesteuer haben. Denn es würde dadurch die Gefahr vorhanden sein, daß die Gewerbetreibenden den ganzen Steuerbetrag hinterziehen, indem sie ihr Betriebskapital beim Bankier deponieren und von diesem sich als Schuldkapital geben lassen.

Der Weg, den wir mit der Betriebssteuer einschlagen, ist ein richtiger, ich bedaure nur, daß die Steuersätze nicht höher sind. Diese Steuersätze wirken nicht in der sozialen Richtung in der Weise, wie es der Ministerpräsident betreffs der ganzen Gezeuge verlangte. Die Schankwirtschaften sind die Bruttostätten des Proletariats, wo das Holz geschnitten wird, aus dem die Sozialdemokraten gehobelt werden.

An der Vertheuerung des Fleisches, von der Herr Brömel sprach, sind nicht die Landwirthe schuld, sondern die Schuld liegt auf anderer Seite. Vor 20 Jahren kostete das Rindvieh Primawaare 29 Mark, die Fleischpreise betragen 40 Pf. pro Pfund. Später kostete Primawaare 35 Mark, die Fleischpreise stiegen auf 50 Pf. Dann fiel der Rindviehpreis wieder auf 27 Mark, die Fleischpreise blieben auf 50 Pf. Jetzt steigt das Vieh wieder auf 39 Mark, aber die Fleischpreise steigen nicht auf 50 Pf., sondern bis auf 80 Pf. und bleiben trotz des Sintens der Viehpreise auf der Höhe. Also nicht die bösen Landwirthe vertheuern das Fleisch. Richtig ist es, daß das Magervieh im Preise gestiegen ist, aber das kommt dem kleinen Bauern zu Gute, der es aufzieht.

Abg. Pleiß (frk.): Meine Fraktion billigt die Richtung und die Absicht dieses Gesetzes und will sich auf seine Grundlage stellen. Bedenken haben wir aber gegen die Steuerbefreiung der auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkten Konsumvereine. Die Zeiten, wo man durch Gründung von Konsumvereinen das Paradies auf Erden herbeizuführen glaubte, sind vorbei. Diese Vereine beabsichtigen ebenso wie jeder andere Gewerbetreibende einen Gewinn und müssen aus diesem Grunde gewerbesteuerschließlich sein; außerdem bieten alle Konsumvereine anderen Gewerbetreibenden Konkurrenz, und es ist gar nicht möglich, zu verhindern, daß ein solcher Verein trotz aller Statuten nur innerhalb des Rahmens seiner Mitglieder seine Tätigkeit ausübt.

Möggebend muß vor Allem der Grundsatz sein, daß das Betriebskapital stärker als der Kleinbetrieb herangezogen wird, und von diesem Gesichtspunkt aus werden wir an die Beratung dieser Vorlage herangehen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Rauchhaupt: Wir sind bereit, dem Plane, die Gewerbesteuer ebenso wie die Grund- und Gebäudesteuer zu überweisen, beizutreten. Aber schließlich wird es ohne eine Kapitalrentesteuer doch nicht gehen und wir treten von dieser Forderung auch nicht zurück. Wenn eine Buschlagsteuer erhoben werden soll, so wird das auf dem Boden der Regierungsvorlage durch eine Extrasteuer geschehen müssen. Denn wenn Sie die Buschlagsteuer sich als reine Objektsteuer denken, so müssen Sie einen fiktiven Zinsfuß des in den Betrieben arbeitenden Kapitals nehmen, und schließlich kommen Sie zu denselben Ungerechtigkeiten, wie sie jetzt bestehen. Zweifellos enthalten ja auch die Ertragsteuern nicht unerhebliche Ungerechtigkeiten, so namentlich die Nichteinführung des Abzuges der Schulzinsen, weil für diese dann nicht der Gläubiger, sondern der Schuldner die Steuern zahlen muß. Aber allerdings ohne Kapitalrentesteuer läßt sich die Sache nicht machen. Nebrigens bedeuten sowohl das Einkommensteuergesetz wie der Gewerbesteuervorschlag bereits eine erhebliche Heranziehung des Kapitals.

Vorläufig bleibt uns nur übrig, innerhalb des gegenwärtigen Systems der Ertragsteuern die Gewerbesteuern zu machen, und wir sind bereit, daran mitzuwirken. (Beifall rechts.)

Darauf wird ein Schluskantrag der Konservativen und Nationalliberalen angenommen. (Der nächste Redner war Abg. Richter.)

Abg. v. Ehren spricht in persönlicher Bemerkung seine Verwunderung darüber aus, daß sein Fraktionsgenosse vom Heede sich berufen gefühlt habe, ihm gegenüber die Reinkultur des Nationalliberalismus zum Ausdruck zu bringen. Er sei allerdings kein Freund von Fraktionspolitik und berufe sich gegen solche auf den Auspruch des Herrn Finanzministers Miquel. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Interpellation Graf betr. das Koch'sche Heilverfahren. Landgemeindeordnung.)

Schlüß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. November.

Wie bereits kurz berichtet, ist der Kaiser vorgestern um 6 Uhr Nachm. in Gr. Strehlitz eingetroffen und daselbst von dem

Grafen Tschirschky-Renard, dem Grafen Eulenburg-Brassen, dem Landrat v. Alten, dem Generalbevollmächtigten Dekonominerath Bieler und dem Bürgermeister Gundrum empfangen worden. Im Gefolge des Kaisers befanden sich nach der „Schl. Ztg.“ Bize-Ober-Jägermeister Frhr. v. Heinze, Ober-Beremonienmeister Graf zu Eulenburg, Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Lucanus und Leibarzt Dr. Leuthold. Das Wetter war prächtig; bei hartem Frost war frischer Schnee gefallen. Se. Majestät fuhr durch die reich geschmückten und erleuchteten Straßen, von der dichtgedrängten Menge mit Jubel begrüßt, zum Schloß. Um 7 Uhr fand daselbst das Mittagsmahl statt, an welchem auch der Erbprinz von Hessen, Herr v. Alvensleben-Gattersleben, Graf Guido Henckel v. Donnersmark, Graf zu Eulenburg-Brassen, Landrat v. Alten, Regierungspräsident Bitter, Graf Posadowsky und Graf Bethy-Huc Theil nahmen. — Bei der gestrigen Jagd, welcher durch Wind und Schneesturm Eintracht geschah, sind im Ganzen 1123 Stück Wild erlegt worden. Auf die Jagdbeute des Kaisers entfallen davon 154 Fasanen, 126 Hasen, 16 Kaninchen, 4 Hühner. Morgen findet keine Jagd statt.

— Der Kaiser hat der Königin-Wittwe von Holland telegraphisch sein Beileid ausgesprochen. General-Adjutant v. Wittich ist mit einem eigenhändigen Gratulations-Schreiben des Kaisers an den nummehrigen Großherzog Adolf von Luxemburg nach Frankfurt a. M. abgereist.

— Das Präsidium des Reichstages, bestehend aus den Herren v. Levezow, Graf Ballestrem und Dr. Baumbach, wird heute von der Kaiserin Friedrich empfangen werden.

— Dem Präsidium des Abgeordnetenhauses ist auf die Glückwünsche desselben anlässlich der Vermählung der Prinzessin Victoria mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe das nachstehende Schreiben der Kaiserin Friedrich zugegangen:

„Das Präsidium des Hauses der Abgeordneten hat Mir im Namen des letzteren zur Vermählung Meiner Tochter der Prinzessin Victoria mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe in freundlicher Weise seine Glückwünsche dargebracht. Hierfür Meinen herzlichsten Dank auszusprechen, ist Mir ein aufrichtiges Bedürfnis.“

Berlin, den 26. November 1890.

Victoria

Kaiserin und Königin.“

— Ueber das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin lauten die Nachrichten aus Cannes sehr ungünstig. Der Großherzog hat in letzter Zeit nur auf dem Schiffe leben können, und von dem Aufenthalt am Lände in Cannes erwartet man leider keine Besserung.

— Das Alters- und Invaliden-Versorgungsgesetz tritt, wie bereits telegraphisch gemeldet, am 1. Januar k. J. in Kraft. Die betreffende Verordnung lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen auf Grund des § 162, Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) im Namen des Reichs, mit Zustimmung des Bundesrates, was folgt:

Das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) tritt mit dem 1. Januar 1891 seinem vollen Umfange nach in Kraft.

Urkundlich unter Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 25. November 1890.

(L. S.)

Wilhelm.

von Caprivi.

Sigmaringen, 27. Nov. Der Gründung der Donauthalbahn, welche gestern stattfand, wohnten außer dem Regierungspräsidenten v. Fürstenwerth und dem Präsidenten der fürstlichen Hofkammer von württembergischer Seite der Ministerpräsident v. Mittnacht, der Finanzminister v. Renner und der Kriegsminister v. Steinheil, und von badischer Seite der Finanzminister Dr. Elßtäpper bei. An dem Nachmittags hier stattgehabten Mittagessen nahm auch der Fürst von Hohenzollern Theil. — Bei dem Feieressen brachte der Ministerpräsident v. Mittnacht den Toast auf den Kaiser aus, der Fürst von Hohenzollern denjenigen auf den König von Württemberg; der Kriegsminister v. Steinheil stieß auf den Großherzog von Baden und der badische Finanzminister Dr. Elßtäpper auf den Fürsten von Hohenzollern.

Darmstadt, 26. Nov. Der Großherzog eröffnete heute den Landtag mit einer Thronrede. Dieselbe gedenkt in der Einleitung des siebzährigen Bestehens der Verfassung und bezeichnet sodann als nächste Aufgabe des Landtags die Feststellung des Etats für die Etatsperiode 1891/94. Die erhöhten Matrikularkräfte, welche das Reich von den Bundesstaaten forderte, sowie die stets wachsenden Ansprüche der Landesverwaltung hätten es nicht leicht gemacht, das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben ohne Erhöhung des Steuerfußes herzustellen. Unter Berücksichtung auf die Erfüllung mancher weitergehenden Wünsche, Dank den zu erwartenden höheren Ueberweisungen des Reichs an die Bundesstaaten und Dank den steigenden Erträgen der Domänen und direkten Steuern sei es dennoch gelungen, sowohl eine nothwendige Vermehrung der Stellen, als auch die Erhöhung der Gehälter verschiedener Kategorien geringer Beamter vorzusehen, ebenso wesentliche Erhöhungen der Beiträge an die evangelische und die katholische Kirche, für die Landes-Universität, für Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen, insbesondere auch für das Volksschulwesen, die Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbelebens einschließlich des gewerblichen Unterrichts, für Unterhaltung der Staatsstraßen und Fluss-Dammbauten. Der Entwurf eines Gesetzes über Einführung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Beamten wird angekündigt; auch die in dem vorhergehenden Landtage nicht zur Beratung gelangten Entwürfe von Gesetzen wegen Organisation des Forstschutzes, Erhalt des Wildschadens, Ausübung der Gemeindejagden, Änderung des Jagdstrafgesetzes werden wiederholt zur geschäftsmäßigen Behandlung dem Landtage zugehen.

Die Thronrede gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Vorarbeiten für eine wünschenswerte Revision der Verwaltungsgesetze bald zum Abschluß gelangen werden und daß es möglich sein werde, im Laufe dieser Landtagsperiode eine entsprechende Vorlage zu machen.

Militärisches.

= England. In der englischen Armee soll mit Zustimmung des Oberbefehlshabers, Herzogs von Cambridge, ein Versuch zur teilweisen Bewaffnung der Kavallerie mit Lanzen gemacht werden, zunächst bei den 5. Garde-Dragonern im Lager von Aldershot. Das erste Glied jeder Schwadron soll Lanze und Karabiner führen, das zweite Glied Säbel und Karabiner, wie bisher; das 12. Ulanenregiment soll die Instrukturen stellen. Bei günstigem Ausfall ist die Wiederholung des Versuches in viel größerem Maßstabe in Aussicht genommen.

bisher führen, das zweite Glied Säbel und Karabiner, wie bisher; das 12. Ulanenregiment soll die Instrukturen stellen. Bei günstigem Ausfall ist die Wiederholung des Versuches in viel größerem Maßstabe in Aussicht genommen.

Telegraphische Nachrichten.

Kassel, 26. Nov. Das Schwurgericht hat gestern drei Fälscher von hessischen Kredit-Kassenkupons aus Eschwege zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Köln, 26. Nov. Zu der hier stattfindenden Bischofskonferenz sind bisher eingetroffen: der Fürstbischof von Breslau, der Erzbischof von Freiburg, die Bischöfe von Trier, Hildesheim, Münster, Kulm und Fulda und die Generalvikare von Paderborn, Gnesen-Posen und Ermland. Die Konferenz soll morgen geschlossen werden.

Altona, 26. Nov. In einer vom Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter veranstalteten gestern Abend abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde der Antrag angenommen, in allen Fabriken, wo Cigarrenarbeiter gemäßigt werden sind, von heute ab die Arbeit einzustellen und die Sperre fortzusetzen.

Dresden, 26. Nov. Anlässlich des Ablebens des Königs von Holland ist eine dreiwöchentliche Hofstrauer angeordnet worden.

München, 26. Nov. Der Prinzregent hat anlässlich des Ablebens des Königs von Holland eine dreiwöchentliche Hofstrauer angeordnet.

Prag, 26. Nov. [Landtag.] Auf eine Interpellation betreffs Beendigung der Arbeiten zur Durchführung der nationalen Gerichtsprechel in Böhmen erklärte der Statthalter, dieselbe könne nicht vor 1891 in Aussicht gestellt werden. Auf eine weitere Interpellation betreffs der ungünstigen Verhältnisse der nordböhmischen Mühlen-Industrie antwortete der Statthalter, die Regierung beschäftigte sich gegenwärtig mit diesem Gegenstande. Die Reichenberger Handelskammer habe in dieser Beziehung zahlreiche Petitionen vorgelegt, doch sei es unmöglich, den in jenen Petitionen ausgedrückten Wünschen nach Aenderung der Waarenklassifikation dadurch zu entsprechen, daß die gleichmäßige Behandlung von Getreide und Mehl durch eine weitgehende Herabsetzung der Getreidetarife aufgehoben werde. Dieses Vorgehen würde einen Ausfall an Einnahmen zur Folge haben, welcher für die Staatsbahnen allein eine Million Gulden betragen würde. Außerdem müßte auf die Regie und anderseitige Interessenten Rücksicht genommen werden. Trotzdem sei die Regierung bestrebt, den Wünschen der nordböhmischen Mühlenindustrie unter Wahrung der Interessen der gesammten Industrie Rechnung zu tragen, wozu das Handelsministerium spezielle Verhandlung an Ort und Stelle zum Zwecke der Klärstellung der für den Getreidebezug der nordböhmischen Mühlen erforderlichen Erleichterungen beabsichtige. Der Statthalter sprach die Hoffnung aus, es werde auch der Zustand, daß das Mehl billiger als das Getreide von Ungarn nach Böhmen befördert werde, baldigt wenigstens teilweise beseitigt werden.

Pest, 26. Nov. [Abgeordnetenhaus.] Im weiteren Verlaufe der Beratung des Kultusbudgets theilte der Justizminister Szilagyi betreffs der Zivilhe mit, daß das Ministerium mit der Ausarbeitung einer Vorlage beschäftigt sei, welche die Grundsätze für das Ehrenrecht auf allgemeiner Grundlage ohne Rücksicht auf den konfessionellen Unterschied feststellen und die Rechtsprechung eines geistlichen Forums aufheben werde.

Agram, 26. Nov. Heute Morgen 5½ Uhr wurde hier ein schwaches Erdbeben verspürt.

Haag, 26. Nov. Die zweite Kammer beschloß heute mit allen Stimmen gegen diejenige des Sozialistenehlers Domela Nieuwenhuys eine Beileids-Adresse an die Königin-Mutter. Domela Nieuwenhuys erklärte, daß er als Republikaner nicht für die Adresse stimmen könne.

Luxemburg, 26. Nov. Die französische Regierung benachrichtigte die luxemburgische von der Absicht des Präsidenten Carnot, den Großherzog Adolf bei der Ankunft in seiner neuen Hauptstadt durch einen Spezialgesandten beglückwünschen zu lassen. Gleichzeitig gab die französische Regierung den von ihr und dem französischen Volke gehegten Gefühle der Freundschaft und guten Nachbarschaft für Luxemburg Ausdruck.

Helsingfors, 26. Nov. Die finnischen Häfen sind zugefroren.

Nom, 26. Nov. Nach den aus den Provinzen vorliegenden Nachrichten hat die Proklamation der gewählten ministeriellen Abgeordneten an sehr vielen Orten zu Sympathieskandalen und zu gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt. In Palermo, Gérgenti, Messina und Syracus wurde Crispi unter Hochrufen auf die Regierung zum Deputirten proklamiert. — Aus Aula des Wahlergebnisses sind dem Ministerpräsidenten zahlreiche Glückwunschkarten zugegangen. Der deutsche Reichskanzler General v. Caprivi sandte Crispi ebenfalls ein Glückwunschtelegramm.

Paris, 26. Nov. Dem „Soir“ zufolge hat die parlamentarische Arbeitskommission gestern die Delegirten der Arbeiter von Tourcoing empfangen. Dieselben empfahlen für die Regelung der nationalen Arbeit den zehnständigen und für die Regelung der internationalen Arbeit den achtständigen Arbeitstag, falls andere Nationen, insbesondere Deutschland der Fortsetzung eines Normalarbeitsstages geneigt wären.

Paris, 26. Nov. Das „Journal des Débats“ bemerkte in Besprechung der italienischen Wahlen, Crispi wisse, daß die Geschichte Italiens in seiner Hand ruhen; solche Verantwortlichkeit sei wohl geeignet, mäßigend zu wirken. Die französische Regierung habe noch größere Wahlsiege errungen;

seit 20 Jahren habe sie über keine solche Macht wie jetzt verfügt, ihr Sieg sei das Signal der inneren und äußeren Verhügung gewesen. Warum sollte dasselbe nicht in Italien der Fall sein.

Paris. 26. Nov. Der gestern hier verhaftete Pole Dombrowski, in welchem man Padlewski, den Mörder des General Selivertoff, vermutete, wurde heute auf der Präfektur einem eingehenden Verhöre unterworfen, seine Identität mit Padlewski wurde nicht festgestellt. Da Dombrowski jedoch bei den jüngsten nihilistischen Umrissen beteiligt war, wurde seine Wohnung polizeilich beobachtet und in derselben heute eine gerichtliche Haussuchung vorgenommen.

London. 26. Nov. In einem Kohlenbergwerke bei Bolton hat eine Explosion von Kohlengasen stattgefunden und wurden 8 Bergleute dabei getötet.

Belgrad. 26. Nov. Die von der Majorität der Skupština in Beantwortung der Thronrede beschlossene Adresse gibt der Genugthuung darüber Ausdruck, daß die Beziehungen Serbiens zu allen Staaten zufriedenstellende und freundschaftliche seien, sowie daß die nationale Politik Serbiens die Zustimmung aller Großmächte finde. Indem die Skupština diesen Mächten hierfür danke, fühle sie sich verpflichtet, dem erhabenen Kaiser des russischen Brudervolkes den immer währenden tiefgefühlten Dank des serbischen Volkes auszusprechen. Der Kaiser habe, wie immer, so auch in neuester Zeit Beweise seines Wohlwollens für Serbien und das serbische Volk gegeben.

Hamburg. 26. Nov. Der Postdampfer "Russia" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft hat, von Newyork kommend, gestern 2 Uhr Nachmittags Vizard passirt.

London. 26. Nov. Der Union-Dampfer "Roman" ist heute auf der Ausreise in Madeira angekommen.

Der Castle-Dampfer "Douce Castle" ist heute auf der Ausreise von London abgegangen.

Der Castle-Dampfer "Duart Castle" ist gestern auf der Ausreise in Capetown angekommen.

Der Castle-Dampfer "Grantully Castle" hat heute auf der Ausreise Madeira passirt.

Köln. 27. Nov. Die "Kölnische Volkszeitung" teilt mit, daß in den nächsten Tagen ein Aufruf zur Gründung eines Volksvereins für Katholiken in Deutschland erscheinen werde, welcher auf der breitesten Grundlage die Vertheidigung der christlichen Gesellschaftsordnung, namentlich gegenüber den sozialdemokratischen Angriffen, führen soll.

Wien. 27. Nov. Das "Fremdenblatt" erblickt in den Ergebnissen der italienischen Wahlen einen Beweis der außerordentlichen Übermacht, welche die Idee einer gemäßigten, friedliebenden, klaren und zielbewußten Politik in der italienischen Wählerschaft besitzt. Crispi ist jetzt Vertrauensmann des Königs und der Nation. Die Niederlage der Radikalen ist für Italien Glück und Ehre. Die Wahlen bedeuten, daß Italien einig über die Grundzüge der Politik nach außen und nach innen ist.

Prag. 26. Nov. Landtag. Bei der fortgesetzten Verhandlung der Kultusvorlage wurde der Antrag des Präsidenten des Zentralkollegiums Mattus, beide Regierungsvertreter müssen beider Landessprachen mächtig sein, angenommen.

Zemberg. 27. Nov. Landtag. Nadejki verwies auf die gefirigen loyalen Erklärungen der ruthenischen Abgeordneten, welche ihre Unabhängigkeit an die Dynastie, den Staat und den Katholizismus beteuerten, und drückte den Wunsch aus, diese Stimme möge in die weitesten Kreise der ruthenischen Bevölkerung dringen. Dann würden sich Polen und Ruthenen auf dem Gebiete gemeinsamer Arbeit für das Wohl des Staates begegnen. Der Statthalter erwiederte, die Regierung habe niemals beabsichtigt die Rechte der Ruthenen zu verkürzen, sondern sei stets bestrebt gewesen, für die nationale Entwicklung der Ruthenen in einer mit der Staatsidee übereinstimmenden Richtung und auf der Grundlage der Unabhängigkeit und Treue für Thron und Staat. Er begrüßte die jetzige Strömung freudig. Licyński erklärte, die Ruthenen strebten nach nationaler Entwicklung auf österreichischer Grundlage und wies die Bezeichnung panrussischer orthodoxer Sympathieen zurück.

Fünfkirchen. 27. Nov. Die Aerzte konstatierten hier Typhusepidemie. Die Zahl der Kranken beträgt über 2000, unter denen sich besonders Schulbesuchende befinden.

Nom. 27. Nov. Der "Riforma" zufolge wurden in allen 135 Wahlkollegien 410 Ministerielle, 40 Fortschrittliche, 37 Radikale und 9 Abgeordnete unbestimpter Parteistellung gewählt. Hierzu kommen Doppelwahlen oder mehrfache Wahlen, welche auf Mitglieder der ministeriellen Mehrheit fielen, sowie Stichwahlen in Genua, Modena und Bergamo.

Paris. 26. Nov. Das Buchtgericht verurteilte den Redakteur des "Matin", Moro, welcher mehrere im Prozeß gegen Cyrano und Gabriele Bompard ausgelöste Geschworenen über ihre Ansicht auszufragen gesucht hatte, wegen Beleidigung der Jury zu einmonatlichem Gefängnis.

Paris. 27. Nov. Der Bankdirektor und Deputierte Mary Rayrand, dessen Wahl der Kammerkommissar für ungültig erklärte, ist seit drei Tagen verschwunden. Wie verlautet, ist derselbe wegen finanzieller Schwierigkeiten flüchtig geworden.

Brüssel. 27. Nov. Namens des belgischen Hofes wohnt der Graf von Flandern der Beisezung des Königs von Holland bei.

London. 27. Nov. Parnell soll gewillt sein, sein Deputirtemandat nicht niederzulegen, sofern nicht etwa von anderen irischen Deputirten ein Misstrauensvotum gegen ihn beschlossen würde, was er für unwahrscheinlich halte.

Bermischtes.

† **Vom Hochwasser.** Vom gestrigen Tage gehen uns folgende telegraphische Nachrichten zu. Die Elbe ist im Laufe der

Nacht rapid gewachsen. Die nach der letzten Hochfluth an der Augustusbrücke in Dresden angebrachten Gerüste wurden vom Wasser fortgerissen. Vom Oberlaufe wird weiteres Steigen gemeldet. Mehrere Plätze und Straßen stehen unter Wasser. Bei dem Hochwasser, das die Stadt Jenau und deren Umgebung heimsuchte, wurde ein Ehepaar bei dem Einsturz eines Hauses erschlagen. In Wittenbergen sind 12 Häuser, in Naschhausen 10 Gebäude, darunter die Schule, zerstört. In Wittenbergen haben 9 Personen den Tod im Wasser gefunden. Die Donau ist ausgefahren, es ist starker Schneefall eingetreten. Der Rheinpegel bei Köln war Mittags bis 5,83 gestiegen. Mannheim meldet von 11 Uhr 5,97 fallend, helles Wetter. In Barmen sind bei der dortigen Ueberschwemmung fünf Männer, darunter zwei Feuerwehrleute, ertrunken. In Neubrück bei Steele konnte der Schleunewärter mit acht Angehörigen nur durch ein telegraphisch herbeigerufenes Pionierdetachement aus dem schon halb eingestürzten Hause gerettet werden. Die meisten Nebenflüsse des Rheins, besonders die Mozel und der Neckar fallen. In Schleswig hat das Hochwasser gestern Abend seinen höchsten Stand gehabt, seitdem ist langsam Sinken eingetreten. Der Verkehr auf der Schleiß-Bahn ist eingestellt worden, da der Bahndamm überflutet ist. Am Gottorferdammen fuhr die Pferdebahn durch überflutete Strecken. Heute früh zeigte sich in der Schleimünde langsam Steigen, jedoch droht trotz des Norostwindes keine ernstliche Gefahr. Aus Sonderburg, Flensburg und Apenrade werden ebenfalls Ueberschwemmungen einzelner Stadttheile gemeldet. Der Wasserstand an der ganzen Schleswig-Holsteinischen Ostküste beträgt 7 bis 9 Fuß über Null. Über Schäden liegen Berichte vor aus Neustadt, Eckernförde, Kappeln, Schleswig, Flensburg, Sonderburg, Apenrade und Hadersleben. Bei Stein an der Kieler Förde erfolgte ein Dammbruch, wobei ein Menschenleben verloren ging; Schiffe sind mehrfach gesunken. Seit gestern Abend ist das Wasser auf 66 Zoll gefallen. Bei scharfem Ostuinde ist erneutes Steigen des Wassers nicht ausgeschlossen. — Aus Brüssel wird gemeldet: In Folge des eingetretener Nordwindes hat der Negan aufgebrochen. Das Wasser fällt überall. Die durch die Ueberflutungen angerichteten Schäden dürften sich als sehr erhebliche herausstellen, namentlich in der Provinz Lüttich.

+ **Zur Kochischen Heilmethode.** Die Aerzte Gelbke und Buch errichteten in Dresden eine Privatklinik zu 100 Betten zur Behandlung tuberkulöser Kranker nach der Kochischen Heilmethode. Professor Koch richtete ein Dankschreiben an Pasteur für dessen Glückwunsch und übersandte gleichzeitig eine Probe seiner Lymphe. Die Regierung Brasiliens hat eine Kommission ernannt, die sich zum Studium der Kochischen Entdeckung nach Europa begeben soll.

Angekommene Fremde.

Posen. 27. November.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Rittergutsbesitzer Frau Fuhrmann aus Briesen, Lt. Liehr aus Kratzowits und Frau Loos aus Czehel, Buchdruckereibesitzer Schwantes und Frau aus Schrimm, Landschaftsrath v. Heimendahl aus Steinfendorf, Landwirth Spielmann aus Gr. Guttowitz, Fabrikbesitzer Knackstädt aus Kottbus, die Baumeister Natzke aus Breslau und Wagner aus Posen, Br.-Lt. v. Steinmeier aus Ostrowo, die Kaufl. Arak aus Breslau, Petzsch und Dümchen aus Berlin, Zimmermann aus Danzig, Cohn aus Bielefeld, Austrich, Kracht und Rüber aus Berlin, Jozz aus Hamburg.

Mythus Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Rittergutsbesitzer Nobiling aus Godzintow, Ingenieur Roscher aus Flensburg, Rentier Koch aus Plagwitz, Direktor Haase aus Fürstenwalde, die Kaufl. Schumacher, Kohn, Bettige und Kaul aus Berlin, Arneke aus Schönheide, Holzhann aus Sonneberg, Deter aus Königberg i. Pr., Mandus aus Wien, Steinlein aus Nürnberg und Machner aus Chemnitz.

Stern's Hotel de l'Europe. Gutsbesitzer Burmeister aus Hagenow, Apotheker Stödicht aus Breslau, Pfarrer Rebkin aus Bobitz, Bankier Seckler aus Stettin, Justizrat Fähnrich aus Leipzig, Fabrikbesitzer Damek mit Frau aus Charlottenburg, die Kaufleute Unterberg aus Düren, Dinsen aus Eulau und Probst aus Naumburg.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Neesen aus Köln, Bornstein, Gahlbeck, Boerner und Beck aus Berlin, Kirsch aus Witten, Keijebek aus Dresden, Lauterbach aus Striegau, Kopp aus Cronenberg, Cohn aus Breslau und Bär aus Wiesbaden, Pastor Tauf aus Kuschlin.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Hollender aus Samter, Goldbaum aus Kobylno, Goldstein aus Labischin, Chomay aus Zin und Kapian aus Schröda.

J. Graetz's Hotel "Deutsches Haus", vorm. Langner's Hotel. Die Kaufl. Hohenstein und Simonau aus Berlin, die Monteure Gartenschläger und Kern aus Berlin.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Rawicz und Stamm aus Breslau, Buchel aus Remscheid, Geiger aus Leobschütz und Schoenfeld aus Neustadt, Künstler Halke aus Berlin.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Enders aus Augsburg, Beyer aus Bromberg und Schattraus aus Dresden, Fabrikant Leutner aus Berlin, Wirtschaftsbeamter Friedrich aus Storzenec, Konditor Bietlich aus Iserleben und Steinzeugpolier Baehr aus Berlin.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Salomonki aus Pinne, Fuebis aus Köln, Koschmin, Kantorowitsch aus Kions, Blauerbach aus Breslau, Kummersberg aus Frankfurt, Walter aus Elberfeld, Dellerbraun aus Stuttgart und Kneitel aus Berlin.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Propst Jasłolski aus Szwajcaria, Gutspächter Szlagowski aus Nowo, die Kaufleute Bucinski aus Wreschen und Fürst aus Berlin, Stud. theol. Adamczewski aus Brochnowo, Frau Szymanska aus Breslau, Arzt Dr. Blazewski aus Stenszko.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufl. Zepler, Salomonowitsch, Jacobowitsch und Epstein aus Breslau, Borwicki, Paul und Johann Bukiewicz und Stajkowski aus Neustadt, Cohn aus Samter, Arzt Stoerner aus Posen, Gutsbesitzer Gnevs aus Rathsfelden, Monteur Strege aus Leipzig.

Handel und Verkehr.

** **Wien.** 25. Nov. Ausweis der österr.-ungarischen Bank vom 23. November^{*)}

Notenumlauf	445 618 000	Abn.	7 082 000	Gfl.
Metallshälfte in Silber	166 029 000	Zun.	89 000	"
do. in Gold	54 197 000	Abn.	9 000	"
do. zahlb. Wechsel	24 974 000	Zun.	9 000	"
Portefeuille	176 364 000	Abn.	7 915 000	"
Lombard	27 741 000	Zun.	141 000	"
Hypotheken-Darlehen	113 522 000	Zun.	249 000	"
Pfandbriefe im Umlauf	108 507 000	Zun.	384 000	"
Steuerfreie Notenreserve	9 970 000	Zun.	9 076 000	"

* Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 15. November.

** **London.** 25. Nov. Die allgemeine Lage bessert sich täglich und Geld ist reichlich vorhanden. Die Bank von England hat den Aufkaufspreis für Gold herabgesetzt. Das internationale Komitee für Argentinien wird sich am Donnerstag in der Bank von England versammeln.

24. November n. St.*	116 217 000	Abl.	Abn.	12 432 000	Abl.
Diskontierte Wechsel	17 443 000	"	Zun.	206 000	"
Borsch auf Waaren	1 904	"	Zun.	1 889 000	"
Borsch. auf öffentl. Fonds	12 238 000	"	Zun.	3 597 000	"
do. auf Aktien und Obligationen	17 482 000	"	Zun.	5 820 000	"
Kontofurrent des Finanzministeriums	61 413 000	"	Zun.	7 317 000	"
Sonst. Kontofurrenten	44 424 000	"	Zun.	2 195 000	"
Verzinsliche Depots	25 855 000	"	Zun.	53 000	"
) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 17. November.					

Marktberichte.

Bromberg. 26. November. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen: gute, gefunde Mittelqualität 178—188 Mt., feinstes über Rottz. — Roggen je nach Qualität 162—170 Mt., feinstes über Rottz. — Gerste unveränd. nach Qual. 130—145 Mt., gute Brauware 146—152 Mt. — Futtererbsen 125—135 Mt., Kocherbsen 145—152 Mt. — Hafer je nach Qualität 125—135 Mt. — Spiritus 50er Konsum 59,50 Mt., 70er 40,00 Mt. — Brot. ohne Ansatz.

Breslau. 26. Novbr. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm — Gfl. — Etr. abgelaufene Kündigungsscheine — Per November 175,00 Gd. November-Dezbr. 175 Br. Dezbr.-Januar — April-Mai 166 Br. — Hafer (per 1000 Kilogr.) — Per November 132,00 Gd., November-Dezember 131,00 Gd. April-Mai 132,00 Gd. — Rüb. 1 (per 100 Kilogramm) — Per November 60,00 Br. Novbr.-Dezbr. 59,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe. Per November (50er) 59,60 Br. (70er) 40,00 Gd. Novbr.-Dezbr. — April-Mai 41,00 Gd. — Brot. ohne Ansatz.

Leipzig. 26. Nov. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per November — M. per Dezember 4,25 M. per Januar 4,27^{1/2}, M. per Februar 4,27^{1/2} M. per März 4,27^{1/2}, M. per April 4,27^{1/2}, M. per Mai 4,27^{1/2}, M. per Juni 4,27^{1/2}, M. per Juli 4,27^{1/2}, M. per August 4,27^{1/2}, M. per September 4,25 M. per Oktober 4,25 M. Umlauf 120 000 Kilogramm. Ruhig.

London. 25. Nov. Die Londoner Wollauktion ist heute eröffnet worden. Das Totalausgebot beläuft sich auf 145 000 Ballen; davon wurden heute 11 180 Ballen ausgeboten. Die Auktion war mäßig besucht; die Käufer verhielten sich ziemlich zurückhaltend. Australische Greasy und Scoured 1/2, bis 1 d. vorherrschend 1 d. unter vorigen Schluppreisen. Kreuzzüchten wenig ausgeboten. Capwolle Greasy 1/4 bis 1/2, schneeweise 1/2, d. billiger. Der Schluß der Auktion soll am 13. Dezember stattfinden.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1890.

Datum	Barometer auf 0 Gfl. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.

average Santos per Novbr. —, per Dezbr. 83¹/₄, per März 77, per Mai 75¹/₂. Ruhig.

Hamburg. 26. Novemb. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinischer loko —, neuer 184—195. Roggen loko ruhig, mecklenburg. loko neuer 178—188, russischer loko ruhig, 133—136. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübel (unverzollt) ruhig, loko 60. Spiritus fest, per November 29¹/₂ Br., per Novbr.-Dezbr. 29¹/₂ Br., per Dezember-Januar 29¹/₂ Br., per April-Mai 29¹/₂ Br. Kaffee ruhig. Umsatz 25,0 Sac. Petroleum ruhig. Standard white loko 6,30 Br., per Dezemb. 6,20 Br. Wetter: klar, Frost.

Berl. 26. Nov. (Produktenmarkt.) Weizen loko behauptet, per Herbst — Gd. — Br., Frühjahr 8,05 Gd. 8,07 Br. — Hafer per Herbst — Gd. — Br., Frühjahr 7,29 Gd. 7,31 Br. — Mais per Mai-Juni 91 6,25 Gd. 6,27 Br. — Kohlraps per Aug.-Sept. 1891 13,50 a 13,60. Wetter: Regen.

Paris. 26. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per November 26,00, per Dezember 25,80, per Januar-April 25,90, per März-Juni 26,10. Roggen ruhig, per November 16,70, per März-Juni 17,40. Mehl ruhig, per November 58,30, per Dezember 58,10, per Januar-April 58,10, per März-Juni 58,20. Rübel ruhig, per November 62,75, per Dezember 63,00, per Januar-April 64,25, per März-Juni 64,25. Spiritus beh., per November 36,50, per Dezember 37,00, per Januar-April 38,25, per Mai-August 39,50. — Wetter: kalt.

Paris. 26. Nov. (Schlußbericht.) Rohzucker 888 ruhig, loko 33,00 a 33,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 35,37¹/₂, per Dezember 35,50, per Januar-April 36,25, per März-Juni 36,87¹/₂.

Haar. 26. Nov. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert. Rio 8000 Sac, Santos 18000 Sac. Relettes für gestern.

Haar. 26. Nov. (Telegramm der Hamburger Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Dezember 195,00, per März 1891 97,75, per Mai 96,00. Ruhig.

Amsterdam. 26. Nov. Bancagnin 55¹/₂.

Amsterdam. 26. Nov. Jawa-Kaffee good ordinary 58¹/₂.

Amsterdam. 26. Nov. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per November —, per März 222. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine fester, per März 158 a 159, per Mai 154 a 155. Raps per Frühjahr —. Rübel loko 30, per Dezember 29¹/₂, per Mai 1891 29¹/₂.

Antwerpen. 26. Nov. Getreidemarkt. Weizen behauptet.

Roggen fest. Hafer unverändert. Gerste behauptet.

Antwerpen. 26. Nov. Petroleumsmarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 16¹/₂ bez. und Br., per Novbr. 16 Br., per Dezember 16 Br., per Januar-März 16¹/₂ Br. — Fest.

London. 26. Nov. 96 Pt. Java-Zucker loko 15 ruhig, Rüben-Zucker loko 12¹/₂ ruhig. Centrifugal Kuba —.

London. 25. Nov. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: klar.

London. 26. Nov. Chili-Kupfer 55¹/₂, per 3 Monat 55¹/₂.

London. 26. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 43 660, Gerste 12 920, Hafer 23 140 Orts.

Sämtliche Getreidearten allgemein fest, Weizen sehr ruhig, Mehl und runder Mais 1/2 lb., amerikanischer Mais 3/4 bis 1 lb. teurer, knapp, Mehlgerte anziehend, russischer Hafer thätiger, Erbsen und Bohnen teuer.

Glasgow. 26. Nov. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers Barrants 48 sh. 10 d.

Liverpool. 26. Nov. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Träger.

Braune Egypter 1/18 niedriger.

Middl. amerikanische Lieferungen: November-Dezember 5¹/₂ Veräuferpreis, Dezember-Januar 5¹/₂ do., Januar-Februar 5¹/₂ Käuferpreis, Februar-März 5¹/₂ do., März-April 5¹/₂ do., April-Mai 5¹/₂ do., Mai-Juni 5¹/₂ do., Juni-Juli 5¹/₂ do., Juli-August 5¹/₂ do.

Feste Umrechnung: I Livre Sterl = 20 M. I Doll = 41/4 M. I Rub. = 3 M. 20 Pf., 7 fl. südd. W. = 12 M. I fl. österr. W. = 2 M. I fl. holl. W. = I M. 70 Pf., I Franco oder I Lira oder I Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 26.

Brnsch 20. T.L. — 103 00 G. Schw. Hyp.-Pf. 4¹/₂ 101,40 oz

Cöln-M. Pr.-A. 3¹/₂ 135,50 bz

Dess. Präm.-A. 3¹/₂ 87,00 bz G.

Ham. 3 131,50 bz

Lüb. 50 T.-L. 3¹/₂ 130,50 bz

Mein. 7Guld-L. 3 26,50 B.

Oldenb. Loose 3 127,50 bz

In Berlin 5¹/₂, Lombard 6 u. 6¹/₂.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns 2u.32 G. 20 Francs-Stück 16,12 G.

Gold-Dollars 30,35 bz G.

Engl. Not. I Pfld. Sterl. 20 38 G.

Franz. Not. 100 Frs. 30,35 bz G.

Oestr. Noten 100 fl. 177,00 bz

Russ. Noten 100 R.. 234,50 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl. 4 105,20 bz

do. do. 3¹/₂ 97,50 bz

do. do. 3 85,90 bz G.

Prss. cons.Anl. 4 104,60 bz

do. do. 3¹/₂ 97,90 bz

do. do. 3 86,20 bz

Sts.-Anl. 1868 4 101,50 bz G.

Sts.-Schild-Sch. 3¹/₂ 99,50 bz

BerlStadt-Obl. 3¹/₂ 95,90 bz G.

do. do. 3¹/₂ 97,25 G.

Posenser Prov. 3¹/₂ 95,80 3¹/₂ 84,75

Anl.-Scheine. 3¹/₂ 5

Berliner ... 4 109,80 G.

do. ... 4 102,90 bz

do. ... 3¹/₂ 96,60 bz

Schl. attl... 3¹/₂ 97,00 G.

Idsl.-Lta. 3¹/₂ 96,60 G.

do. do. neu 3¹/₂ 96,65 G.

do. do. I. II. 3¹/₂ 95,90 bz C.

Wstl. Ritt. do. neul. II. 3¹/₂ 95,93 bz G.

Pommier. 4 102,20 B.

Posensch. 4 102,20 B.

Preuss.... 4 102,20 B.

Schles. 4 102,20 B.

Bad. Eisenb. A. 4

Bayer. Anteile 3¹/₂ 96,26 B.

Brem. A. 1890 3¹/₂ 96,00 bz

Hmb.Sts. Rent. do. do. 1886 85,10 G.

do. amortAnl. 3¹/₂

Sächs. Sts. Anl. 3 86,30 bz G.

Prss. Präm-Anl. 3¹/₂ 12,25 bz

H.Pr.-Sch.40T. 325,75 bz

Bad. Präm-Anl. 4 136,60 B.

Bayr. Pr.-Anl. 4 137,00 bz

Reichsb. 20. T.L. — 103 00 G.

Cöln-M. Pr.-A. 3¹/₂ 168,15 bz

Dess. Präm.-A. 3¹/₂ 20,39 bz

Ham. 50 T.-L. 3 131,50 bz

Lüb. 50 T.-L. 3 130,50 bz

Mein. 7Guld-L. 3 26,50 B.

Oldenb. Loose 3 127,50 bz

In Berlin 5¹/₂, Lombard 6 u. 6¹/₂.

Ausländische Fonds.

Argentini. Anl. 5 71,25 kl. 71,70

do. do. 4¹/₂ 62,60 kl. —

Bukar. Stadt-A. 5¹/₂ 98,90 kl. 97,00

Buen. Air.G.-A. 5 7,00 kl. 73 60

Chines. Anl. 5¹/₂

Egypt. Anleihe 3

do. do. 4 96,25 kl. 66,25

do. do. 4¹/₂ 100,40 bz

do. do. 5 87,00 bz

do. do. 3¹/₂ 9,30 bz G.

Finnland. L. 5 59,50 bz

Griech. G.-A. 5 90,00 bz

do. neue 4 70,30 kl. 71,90

Italien. Rente. 5 91,50 kl. 91,60

Kopenh. St.-A. 3¹/₂ 94,10 G.

Lissab. St.-A.III. 4 76,00 kl. 76,00

Mosk. Stadt-A. 5 107,80 G.

Norw. Hyp.-Ob. 3¹/₂ 98,00 bz

do. Conv.A.88 3

Oest. G.-Rent. 4 95,00 kl. 95,40

do. Pap.-Rnt. 4¹/₂ 77,70 kl. 77,70

do. do. 5 77,50 kl. 77,80

do. Sib.-Rnt. 4¹/₂ 77,60 kl. 77,80

do. 250 Fl. 54. 4 119,60 bz

do. Kr.(100)52 — 328,00 bz

do. 1860 L. 5 122,10 bz

do. 1864 L. 5 325,00 B.

Pester-Stadt-A. 6 87,50 kl. —

Poln.-Pf.Br.-I.V 5 68,75 bz G.

do. Lq.-Pf.-Br. 4 66 20 B.

</div